

Wir, die in Hannover am 9. Juni 1967 versammelten Studenten der westdeutschen und Westberliner Hochschulen, stellen fest:  
Die Erschießung von Benno Ohnesorg ist kein tragischer Zufall. Sie markiert den vorläufigen Höhepunkt einer Entwicklung, die mit dem Ziel, jede oppositionelle Minderheit systematisch aus dem öffentlichen Leben auszuschalten, diese zuerst ignoriert, dann diffamiert, offen unterdrückt und schließlich mit physischer Vernichtung bedroht. Das Verhalten des Westberliner Senats, unterstützt von der Bundesregierung, und die Reaktionen der Westberliner und westdeutschen Studenten darauf haben gezeigt, daß allein die solidarische Aktion der Studenten Widerstand leisten kann gegen diese Entwicklung.  
Wir mußten aber auch erfahren, daß unser Widerstand den staatlichen Organen und parlamentarischen Repräsentanten nur einen erneuten Vorwand bot, die repressiven Maßnahmen gegen die Studentenschaft bis zur Verhängung des Ausnahmezustandes zu verschärfen. Dieser Konflikt macht die Schwierigkeiten sichtbar, die vor uns liegen.

Die Auseinandersetzungen zwischen den Studenten und der Universitäts- und Stadtbürokratie Westberlins haben die strukturelle Krise unserer Universitäten gezeigt. Diese Krise hat ihre Ursachen in der Verfestigung autoritärer politischer Machtpositionen in der Bundesrepublik und in Westberlin angesichts der weltpolitischen Erschütterung der hochindustrialisierten Länder durch den Befreiungskampf der Dritten Welt.

Die Universitäten werden immer mehr zu Betrieben, die eine möglichst große Zahl wissenschaftlicher Funktionäre für die höhere Technokratie einer autoritären Leistungsgesellschaft auszustoßen haben. Dabei werden die Studien reduziert auf das bloße Ansammeln von Faktenwissen. Den Studenten wird jede reale Möglichkeit genommen, auf die Organisation ihres Arbeitsprozesses an der Hochschule Einfluß zu nehmen. Selbst die Vertretung der Studenten in den verschiedenen Gremien der Freien Universität, die bisher als Modell einer demokratischen Universität verstanden wurde, macht den Studenten in jedem Konflikt ihre Ohnmacht erneut deutlich. Diese Ohnmacht der Studentenschaft wird um so größer, je mehr sich die Universität an die von der Gesellschaft geforderten Leistungsprinzipien anpaßt, ohne daß die Interessen der Studenten dabei berücksichtigt werden. Der Druck, dem die Universität von der Gesellschaft her ausgesetzt ist, lastet einseitig auf ihrem schwächsten Teil - den Studenten. Diese Situation ist die Basis für die Unruhe der Studenten.

Gleichzeitig liegen in der intellektuellen Arbeit der Studenten, und in ihrer Orientierung an den Prinzipien der politischen Demokratie und der Humanität die ideellen Voraussetzungen für ihre Opposition gegen die autoritäre Struktur der Universitäten, gegen Notstandsgesetze in der Bundes-

republik, gegen die Unterstützung faschistischer und autoritärer Systeme durch die Bundesregierung, gegen den Krieg der USA in Vietnam. Ihr politisches Engagement bringt die Studenten in dem Maße in konkreten Widerspruch zur herrschenden Gesellschaftsordnung, wie in dieser die Stimme der Kritik schwächer wird. Sie werden damit politisch und psychologisch zum Objekt von Aggression breiter Bevölkerungsgruppen. In Westberlin wurde dieser Konflikt zwischen Bevölkerung und Studenten durch besondere politische Verhältnisse verschärft und aktualisiert. Das in der Phase des Kalten Krieges angesammelte Aggressionspotential wird ständig mobilisiert durch die Springer-Presse, deren Monopol in Westberlin nahezu den gesamten Zeitungsmarkt beherrscht. Brutal aben sich in Westberlin nicht nur die Polizisten aggressiv nicht nur jene Bürger verhalten, die verletzten Demonstranten jede Hilfeleistung verweigerten. Brutal und unmenschlich haben sich auch die verantwortlichen

Politiker und Amtsträger verhalten, die am Schreibtisch und auf ihren Pressekongressen noch einmal das terroristische Exempel vollzogen, das ihre Exekutivorgane gegen die oppositionellen Studenten statuierten, nachdem sie und ihre Presse schon jahrelang die wachsende Studentenopposition diffamiert und ihre Bewegungsfreiheit mit allen beschränkt hatten. In jedem demokratischen Land hätte das Aufgebot an Polizei, paramilitärischen Einheiten und Geheimdiensten, das hier für den Staatsbesuch eines Diktators bereitgestellt wurde und in Aktion trat, den organisierten Protest und verschiedene Gegenmaßnahmen einer parlamentarischen Opposition hervorgerufen. In der Bundesrepublik, die keine parlamentarische Opposition mehr kennt, werden auch noch die Opfer aufgeputschter und schlagwütiger Polizisten den Herrschenden zum Mittel, jede oppositionelle Regung zu unterdrücken.

Das Recht der freien Meinungsäußerung, die Freiheit der politischen Willensbildung nicht nur der Studenten ist in Gefahr. In Westberlin führen die Herrschenden seit Monaten vor, wie der innere Notstand geplant, erzeugt und exekutiert werden kann. Was heute die Gehorsamsverweigerung der Studenten trifft, kann sich morgen - mit Arbeitsdienstpflicht und Einschränkung des Streikrechtes - gegen andere Berufsgruppen und ihre Organisationen richten. Die Vorfälle in Berlin sind ein Exempel, wie eine mit Notstandsgesetzen ausgerüstete Staatsgewalt, denn legalisiert, der Verschärfung der politischen und sozialen Konflikte begegnen wird.

Wir, die hier versammelten Studenten, sind uns darüber im klaren, daß die jetzt aufgebrochenen Konflikte aus der restaurativen Entwicklung der Bundesrepublik und Westberlins in den letzten Jahren resultieren. Sie werden demokratisch nur gelöst werden, wenn sie aus dem Bereich der hinter einer scheindemokratischen Fassade herrschenden Bürokratien zurückgeführt werden in das Feld öffentlich politischer Auseinandersetzung, in dem keine Minderheit, gleich wie radikal sie ist, Gefahr läuft, Objekt und Opfer gesellschaftlicher Diffamierung und staatlicher Unterdrückung zu werden.

Darum fordern wir:

1. Den Rücktritt des Regierenden Bürgermeisters von Westberlin Heinrich Albertz, des Innensenators Wolfgang Büsch und des Polizeipräsidenten Erich Duensing. Wir fordern das Westberliner Abgeordnetenhaus auf, endlich das tatsächliche Geschehen am und nach dem 2. Juni zur Kenntnis zu nehmen und dem eingesetzten Untersuchungsausschuß den einzig angemessenen Auftrag zu erteilen, das Verhalten der Exekutive öffentlich zu prüfen.
2. Wir fordern die Aufhebung des Demonstrationsverbots und die Zurücknahme der Drohung mit dem Ausnahmezustand. Wir fordern die sofortige Haftentlassung des Kommilitonen Fritz Teufel.
3. Wir fordern die Allgemeinen Studentenausschüsse der Westberliner und westdeutschen Hochschulen auf, die Einladung des SPD-Vorsitzenden und Bundesaußenministers Willy Brandt erst dann anzunehmen, wenn dieser eindeutig vom Verhalten des Berliner Senats am und nach dem 2. Juni sich distanziert hat.
4. Wir fordern unsere Westberliner Kommilitonen auf, mit allen juristischen und politischen Mitteln für die Wiederherstellung ihrer demokratischen Rechte zu kämpfen. Wir fordern die westdeutschen Studenten auf, diesen Kampf mit solidarischen Aktionen zu unterstützen. Wir fordern den Verband Deutscher Studentenschaften auf, sich mit diesen Aktionen gegenüber den staatlichen Stellen zu solidarisieren.
5. Wir fordern die Studenten aller westdeutschen und Westberliner Hochschulen auf, Aktionsgruppen zu bilden, die innerhalb und außerhalb der Universität alle antidemokratischen und autoritären Übergriffe feststellen und mit allen juristischen, publizistischen und Politischen Mitteln verfolgen. Diese Aktionsgruppen sollen Zentren der rationalen und realdemokratischen Aufklärung und Aktion werden, durch die die verfestigten und politischen Verhältnisse in Bewegung gebracht und mit maximaler Beteiligung der Bevölkerung verändert werden können.
6. Wir fordern die Enteignung des die politische Meinungsbildung monopolistisch beherrschenden Springerkonzerns, weil allein eine informierte, eine kritische Öffentlichkeit sein kann, in der das nach der Verfassung souveräne Volk wirklich seine gesellschaftlichen und politischen Konflikte selbst lösen kann.